

# Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 30

Graz, September 1927

1. Jahrgang

## Kein Geld für die Alten und Arbeitslosen, aber . . . .

Die Unternehmer waren von dem Senkersdienst der Wiener Polizei so begeistert, daß sie in ganz Österreich zu Sammlungen aufriefen. An diesen Sammlungen haben sich alle Unternehmer, Großkaufleute und Banken beteiligt. Miefensummen sind dem Wiener Polizeipräsidenten übermittelt worden. Aber die Höhe der gesammelten Gelder wird tiefes Schweigen bewahrt. Man weiß nur, daß der **Judustriellen-Verband**, der **Baukerverband** und die **Pandelskammer** allein

### die Summe von über 2 Milliarden

zeichneten. Hunderte haben gespendet, drei von ihnen allein über 2 Milliarden. Wie groß muß die ganze Summe erst sein? Es wird von 8 Milliarden gesprochen. Sicherlich ist die Summe weit größer. Was mit diesem Gelde geschieht, weiß niemand. Möglicherweise wird es dazu verwendet, die Polizeiorganen, die sich gegen das Proletariat besonders hervortun, Remunerationen zukommen zu lassen. An der italienischen Front wurden Prämien für das Abschließen 'feindlicher' Soldaten bezahlt. Je nach der Kopffzahl war die Prämie bemessen. Vielleicht will die Bourgeoisie gegen den inneren Feind, gegen das Proletariat, ein ähnliches System einführen. Anzeichen sind vorhanden.

### Die Wiener Wahlen erhielten für den 15. Juli eine Remuneration von 10 Schilling.

Bedeutend besser hat allerdings der Zentralinspektor und Zentralorganisator des 15. Juli, Tauber, abgeschnitten. Der Bundesrat Schabes berichtete:

„Dem Herrn Zentralinspektor Tauber haben sie für die „umfängliche Leitung“ der Polizeimannschaften zehntausend Schilling vor seinem Urlaubsantritt als Belohnung gegeben“.

Es ist eine alte Geschichte, daß dem Feldherrn immer ein größerer Beuteanteil zufällt als dem gemeinen Mann. Warum sollte in Wien von diesem alten Grundsatz abgegangen werden? 10 Schilling für den Gemeinen, 10.000 für den Feldherrn. Es ist alles in Ordnung. Daß dies direkte Bestechungsgelder sind, ist klar. Was macht's? Wir leben ja in Österreich, wo sich die Bourgeoisie alles ungekraft erlauben darf.

Wie an der Front die besten Mehger ausgezeichnet wurden, so erhielten die besten der Wiener Polizei Medaillen, u. zw. das goldene Ehrenzeichen der Republik für tapferes Verhalten vor dem Feinde:

- Zentralinspektor Tauber, der Organisator der Schlägerei.
- Hofrat Strauß, der Stadtkommandant.
- Hofrat Pollak, der Capo der Spürhunde.
- Regierungsrat Strobl, der Alte-Route-Schinder.
- Regierungsrat Kraut, der Schütze auf fliehende Menschen.

Das Proletariatsmorben wird in Zukunft unter den Auspizien des katholischen Prälaten eine Remunerationenquelle für die Wache, ein Urlaubsausflug für Polizeioffiziere und ein Betätigungsfeld für Auszeichnungen werden.

Die Kosten tragen die Unternehmer, Banken, Großkaufleute und Großagrarien, dieselbe Sorte, die auf Lohnforderungen „nein“ sagt, die Löhne kürzt, gegen die Altersversicherung ist, die Arbeitslosen verhungern lassen will und an der Beseitigung der sozialen Einrichtungen arbeitet. Die Wiener Polizei wird neu ausgerüstet, zwei

Panzerautomobile à 200.000 Schilling, 10.000 Steyer Pistolen, ebenso viele Gummiknütteln und Munition.

Die Unternehmer haben für die Polizei Milliarden ausgegeben und Milliarden wird die neue Ausrüstung der Polizei gegen das Proletariat noch kosten.

Für die alten Arbeitslosen ist kein Geld. Die Unterfützung soll ihnen ab 1. Oktober um ein Drittel gekürzt werden. Für die Arbeitslosen ist kein Geld zur Erhöhung der Hungerunterfützung. Das ist läge, gemeine läge. Geld ist im Überfluß vorhanden, nur freiwillig gibt die Bourgeoisie nichts, darum rüftet Euch zu unermüdlichem Kampf.

### Kleinbauernelend.

In der Stübinger Gegend wird demnächst eine Kleinbauernwirtschaft versteigert. Die Geschichte dieser Versteigerung ist die Geschichte fast aller Kleinrentschler und Kleinbauern.

Der Mann war vier Jahre an der Front, weil er kein Großgrundbesitzer ist. Zu Hause haben Frau und Kinder sich schwer abgerackert. Nach dem Kriege war die Keusche zerlumpt, Reparaturen notwendig. Wo soll der kleine Bauer das Geld hernehmen? Er geht zur Bank, in diesem Falle zur Bauernvereinskasse, deren

#### Direktor Pfarrer Jenz

ist. Er nimmt eine Anleihe, eine Hypothek von 7 Millionen Kronen auf. Dafür fordert die Bank

#### 16 Prozent Zinsen.

Die Einnahmen der Kleinrentschler und Kleinbauern sind gering. Bißl Obst und Erdbäpfl, paar Eier und die Milch von ein, zwei Kühen. Hinter diesen Einnahmen stehen die Steuern, die alles auf-fressen; die Steuern, die besonders durch die Seipel-regierung in die Höhe geschraubt werden. Wer nicht zahlt, dem heßt die christlich-soziale Regierung, in der aber auch die Bauernbündler sitzen, den Steuer-erzeker auf den Hals.

#### Die letzte Kuh, die letzte Einnahme wandert aus dem Stall.

Die Zinsen für die Hypothek können nicht ge-zahlt werden. Bei unfertem Kleinbauern hat sich die Anleihe samt Zinsen in drei Jahren auf 14 Mil-lionen erhöht. Das brint der Kleinbauer nicht mehr auf.

Die Bank des Pfarrers Jenz, die Bauernvereinsk-asse, kennt wie jede andere kein Erbarmen. Im Hinter-grunde drängen die Großbauern, die Krainer des Kleinbauern und Rentchlers auf Versteigerung, um wieder einen Brocken billig einzuhelmsen.

Die Bank macht ihr Geschäft. 7 Millionen hat sie geliehen, sie läßt das An-wesen versteigern, steckt 14 Millionen samt den anderen Nebengebühren ein. Der Rentchler hat sein Dach, seinen Grund verloren. Warum?

Weil er noch immer den bürgerlichen Parteien und dazu gehört auch der Landbund, folgt. Zu spät kommt meist die Erkenntnis, daß der österreichische Kleinbauer und Kleinrentschler von seinen russischen Brü-bern lernen muß.

### Die Augen aufgemacht!

Die Grazer „Montags-Zeitung“ vom 29. August schreibt:

#### Nachgiebigkeit der Sozialdemokraten.

r. Wien, 28. August. Mittwoch beginnt mit der Sitzung des Unterausschusses, des Zollausschusses und der Tagung des Hauptausschusses die Herbst-sesson des Nationalrates.

In Regierungskreisen erwartet man, daß die Sozialdemokraten ebenso wie sie in der kurzen Sitzungsfolge nach dem 15. Juli alle Posi-tionen geräumt und keine besonderen Schwie-rigkeiten gemacht haben, auch im Herbst für ein normales Funktionieren des Parlaments zu haben sein werden; denn die Regierung und die sie unterstützenden Parteien haben jetzt alle Trümpe in der Hand.

So triumphieren die Bürgerlichen über das ver-gangene und noch kommende Zurückweichen der sozial-demokratischen Führerschaft. Arbeiter und Arbeit-erinnen! Die Opposition in der kommunistischen Partei hat der S. P. die Stimme bei den Wahlen gegeben, um den Beweis zu erbringen, daß auch dann, wenn wir Arbeiter beim Stimmzettelabgeben alle einig sind, die Führer trotzdem den Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung, den Kampf gegen die Reaktion ausweichen. Nun haben wir den Be-weis. Eine Viertelmillion Stimmen hat das Prole-tariat mehr aufgebracht. Trotzdem triumphiert das Bürgertum. Das Bürgertum tritt dem Proletariat eben nicht mit dem Stimmzettel gegenüber. Nein! Es läßt mit Säbel, Gewehren, Verurteilungen, Justiz und Kerker auf die Arbeiter losbrechen. Und die Arbeiter lassen sich von den sozialdemokratischen Führern noch immer belügen, daß nur der Kampf mit dem Stim-mzettel zum Siege führt. Das ist Wahnsinn. Zu-

Siege führt nur der Klassenkampf. Die sozialdemokratischen Führer stehen jetzt aber das Bürgertum. Arbeiter, macht das nicht mehr mit: sammelt euch um uns. Helfen wir zusammen den Kampf wieder aufzunehmen. Wir werden dann über die Bourgeoisie triumphierten.

## Die Klassenkämpfe in China.

Mit eiserner Konsequenz vollzieht sich in China die Scheidung der Klassen.

Die chinesische Revolution war bis jetzt in ihren äußeren Erscheinungen in der Hauptsache eine bürgerlich-nationale Revolution, die sich die völlige Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten zum Ziele setzte. Die Auflösung der ungleichen, die Imperialisten begünstigenden Verträge, die Gleichstellung der ausländischen Firmen, die bis jetzt verschiedene Begünstigungen genossen, mit den chinesischen, die Verneinung der Zollautonomie Chinas, die jetzt in den Händen der Imperialisten die ausländischen Firmen begünstigt, die rechtliche Unterordnung der Ausländer, die bis jetzt bei Vergehen nicht den chinesischen, sondern den ausländischen Gerichtshöfen „verantwortlich“ waren, unter die chinesische Gerichtsbarkeit: das sind die Forderungen, deren Erfüllung der nationalen Revolution harren.

In der nationalen Revolution ist die Bourgeoisie bis zu jenen Grad interessiert, als sie dabei ihre ökonomische Freiheit und politische Herrschaft aufrichten kann. Das Proletariat ist an der nationalen Revolution, als ein Schritt vorwärts in seinem Kampf um die revolutionäre demokratische Republik der Arbeiter und Bauern interessiert und ging mit der Bourgeoisie so lange gemeinsam, als diese den proletarischen Interessen kein Hindernis entgegenlegte und ehrlich gegen die Imperialisten und deren chinesische Söldner (Wu-Wei-Fu, Tchang-Tiao-Sin) kämpfte.

Die Bauernschaft, die die erdrückende Mehrheit des chinesischen Volkes umfaßt, ist an der nationalen Revolution interessiert, soweit diese die feudalen Fesseln, unter denen die Bauern leiden, sprengt, den Bauern Grund und Boden zuerkennt, der jetzt im Besitze der Feudalherren ist und von den Bauern gepachtet und von Handarbeitern bearbeitet wird. Das Proletariat findet in der Bauernschaft einen mächtigen Verbündeten im Kampf gegen alle Feinde der nationalen Revolution und darüber hinaus, gegen die Bourgeoisie, die sich unfähig erwies, die nationale Revolution zum Siege zu führen.

Gegenwärtig erleben wir den Verrat der Bourgeoisie, die sich, bedroht von den sozialen Fragen der Revolution, in sich zerklüftet, mit den Mächten der Reaktion verbündet und selbst die bürgerlich-nationale Revolution im Stiche läßt.

Diese Erfahrung zeigt, daß selbst die bürgerlich-nationale Revolution in China nur das Werk der Arbeiter und Bauern sein kann.

Die kommunistische Partei Chinas hat die Aufgabe, die von der Bourgeoisie verratenen national-revolutionären Grundsätze der Kuo-Min-Tang und darüber hinaus die sozialen Probleme der chinesischen Revolution zu lösen.

Otto Bauer sieht im Verrat der Bourgeoisie das 1849 der chinesischen Revolution, das heißt, die Stabilisierung der verbündeten bürgerlich-feudalen Kräfte, den Beginn der kapitalistischen Epoche in China. Otto Bauer fasst an diese Perspektive eine „Bankrotterklärung“ des Bolschewismus, der behauptet, daß die nationale Revolution in China letzten Endes nur das Werk der Arbeiter und Bauern sein kann, und daß die Möglichkeit besteht, die kapitalistische Epoche in China zu überbrücken. Eine solche Lösung der chinesischen Revolution würde den Imperialismus auf das schwerste erschüttern und die Kampfbedingungen des europäischen Proletariats wesentlich erleichtern. Jeder Revolutionar, der es mit der Sache des Proletariats ehrlich meint, muß daher für eine proletarisch-revolutionäre Lösung der chinesischen Revolution eintreten.

Otto Bauer, der „linke“ Sozialdemokrat fällt der chinesischen Revolution gerade in ihren schwierigsten Tagen in den Rücken, indem er ihr Ende feststellt und den Arbeitern einreden will, die Kommunisten haben sich geirrt, eine bolschewistische Illusion sei zusammengebrochen. Er belehrt die chinesischen Arbeiter, sie sollen die chinesische Bourgeoisie unterstützen, da ja die kapitalistische Epoche nicht zu überbrücken sei. Die bürgerlichen Verräter, die sich als unfähig erwiesen, selbst die nationale Revolution zu verwirklichen, das sind für Otto Bauer die Träger der chinesischen Revolution, nicht die Arbeiter und Bauern.

Woraus erklärt sich diese sonderbare Stellungnahme Otto Bauers, des „linksten“ der 2. Internationale?

Er weiß, die siegreiche chinesische Revolution wäre eine schwere Erschütterung des europäischen Kapitalismus, die soziale Revolution, die durch den Verrat der Sozialdemokratie 1918—1920 unterblieb, wäre unausweichlich. Da aber die Sozialdemokratie die Revolution nicht will, empfiehlt Otto Bauer unter dem Deckmantel der Objektivität den chinesischen Arbeitern, die Bourgeoisie zu unterstützen, so wie Otto Bauer 1918 die Bourgeoisie gegen die soziale Revolution unterstützte.

Den europäischen Arbeitern aber will Otto Bauer die Ausichtslosigkeit der Revolution in Europa plausibel machen, um sie für die sozialdemokratische Politik, die die Arbeiter aller Länder an den Karren der kapitalistischen Sanierung und Rationalisierung spannt, zu gewinnen.

So wie die chinesische Bourgeoisie die nationale Revolution nicht zum Siege führen kann, ebenso wenig wird die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus, in den Sozialismus führen. Diese Aufgabe haben die kommunistischen Parteien aller Länder.

## Sowjetrußlands Aufstieg.

Nach der erfolgreichen Beendigung des Bürgerkrieges begann das russische Proletariat unter Führung Lenins mit dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Ungeheuer waren die Schwierigkeiten, die vor dem opferwilligen russischen Arbeitern standen.

Heute hat das russische Proletariat die größten Schwierigkeiten, den Anfang seiner sozialistischen Aufbauarbeit, hinter sich. Lenin ist tot — sein Werk lebt.

Es würde zu weit führen, die einzelnen Stappen des Wiederaufbaus zu schildern. Schon im Wirtschaftsjahr 1924—25 wurde das Vorkriegsniveau erreicht.

Betrieb um Betrieb wurde eröffnet, wieder aufgebaut, verbessert und neue Betriebe wurden errichtet. Waren die vergangenen Jahre von verschiedenen Krisen, die im sprunghaftesten und ungleichen Fortschritt des Aufbaus ihre Ursachen hatten, begleitet, so gab es im Jahre 1926—27 keine Krise. Der Wiederaufbau der Landwirtschaft und die mächtig geförderte Industrialisierung haben sich dank der Erfahrungen der letzten Jahre die Wage gehalten.

Im Wirtschaftsjahr 1926—27 ist die Industrieproduktion um mehr als 20 Prozent gestiegen und hat das Vorkriegsniveau überschritten. Die Kaufkraft des Marktes ist um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Mit dem Steigen der Industrieproduktion war auch eine Verbilligung der Industriewaren verbunden, was die Preisdifferenz zwischen Industrieartikeln und landwirtschaftlichen Produkten wesentlich herabsetzte. Nicht nur die Produktion und Warenzirkulation, auch die Reallöhne der Arbeiter sind um 17 Prozent gestiegen. Wir sehen, daß in Sowjetrußland der Aufstieg der Wirtschaft, die gesteigerte Produktion mit der entsprechenden Erhöhung der Reallöhne verbunden ist, während im kapitalistischen Europa trotz Rationalisierung die Reallöhne nicht steigen, sondern im Gegenteil fortwährend sinken.

Allen Feinden Sowjetrußlands zum Trotz, allen Bestimmten und Börglern zur Schande, baut das russische Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Das Jahr 1927 ist aber auch das Jahr der gesteigerten Kriegsgefahr. Das internationale Proletariat hat die oberste Pflicht die Friedenspolitik und Aufbauarbeit Sowjetrußlands zu unterstützen, alle Feinde Sowjetrußlands als seine eigenen Feinde zu erkennen und zu bekämpfen.

## Polizeipräsident Schober.

„... Diese kleine gehässige Seele ... er fühlt sich nicht als Diener der Allgemeinheit, als Diener des Volkes ...“ So moralisieren, so zetern sie, die radikalen Kleinbürger in der „Arbeiter-Zeitung“ (14. August).

Wir sind weit entfernt in Herrn Schober verliebt zu sein, aber wir moralisieren nicht, sondern stellen nüchtern fest: er war und ist eine — kapitalistische Seele.

Wozu dieses Zetern über Schober? Wer hat ihn 1919—20 als den besten, treuesten: Beamten der demokratischen Republik öffentlich bezeichnet? Renner, Ederlich. Wer hat ihn mit Fesseln und Klauen verteidigt: der große Stratege Friedrich Adler. Sie waren in ihn verliebt, diese radikalen Kleinbürger, weil er ihnen half Schlus zu machen mit der proletarischen Revolution. Sie vergessen nur die Kleinigkeit: daß Schober mitgeholfen hat, nicht um der schönen Augen des radikalen Kleinbürgertums, sondern um der Klasseninteressen der Bourgeoisie willen und daß er nicht verabsäumen werde die kapitalistische Rechnung zu präsentieren, wofür er die erste Teilzahlung am 15. und 16. Juli eingestrichen hat. ... Jetzt rufen sie gegen den kapitalistischen Polizeipräsidenten die kapitalistische Klassenjustiz zur Hilfe an!

Was soll man aber zu diesem Gejammer sagen: „... Wie jämmerlich sind wir daran, daß Herr Schober in Wien Polizeipräsident sein kann“ (A.Z. 14. August). Ja, zum Teufel, wer hat es Schober ermöglicht in Wien Polizeipräsident bleiben zu können? Wer hat 1918—19—20 den Mann gegen den Widerstand der S. P., gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln verteidigt? Sie hätten nur blasen müssen und weg wäre Schober gewesen. — Sie haben ihn gehalten, durch sie ist er oben, nun jammern sie, daß Schober in Wien Polizeipräsident sein kann, diese jämmerlichen Kleinbürger. Um die Schoberei zu liquidieren, muß die Arbeiterschaft sich von der Führung des radikalen Kleinbürgertums lösen und ihre Klassenpartei aufbauen, die kommunistische Partei (Opposition).

## Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Von Josef Greb.

Der Kleinbürgerliche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

4. Fortsetzung.

Das von den Großkapitalisten wirtschaftlich bedrängte, daher radikale Kleinbürgertum bemüht sich um die Linderung der Arbeitslosigkeit, natürlich aber nur bis zur Grenze, die das Klasseninteresse des radikalen Kleinbürgertums zuläßt. Wir sehen das bei den kleinbürgerlich-radikal, das heißt sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden Wien, Linz, St. Pölten.

Der Wohnbau und die sonstigen Investitionsarbeiten der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden geben vielen Arbeitern und Angehörigen Beschäftigung und Erwerb, die sonst arbeitslos wären.

## Die Gemeinde-Anleihe,

die die Wiener Gemeindeverwaltung in der Höhe von dreißig Millionen Dollar abzuschließen im Begriffe ist, wird ihr ermöglichen: 1. Die Inanspruchnahme großer Investitionsarbeiten, 2. den 1000 Milliarden-Kredit für die Förderung des Ausländerports, 3. den an sehr billige Bedingungen geknüpften 500 Milliarden-Kredit für das Gewerbe.

Man braucht sich nur vorstellen, was geschähe, wenn dort die Christlichsozialen zu dirigieren hätten, um zu erkennen, daß auch, was die Arbeitslosigkeit betrifft, die kleinbürgerlich-radikale Verwaltung gegenüber dem bürgerlichen Regime das kleinere Übel ist. Das schafft jedoch zwei Tatsachen nicht aus der Welt:

2. Im Vergleich zu dem Riesenerbe der Arbeitslosen ist das, was die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden (insbesondere Wien) leisten, doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

2. Womit bezahlt die Gemeinde ihre Wohnbauten und ihre sonstigen Investitionen? Womit wird sie die Anleihe, deren Zinsen und Nebenbedingungen zurückzahlen? Selbstverständlich aus den Gesamteinnahmen der Gemeinde.

Auch die Budgetpolitik des radikalen Kleinbürgertums ist für das Proletariat gegenüber der Budgetpolitik der Kapitalisten das kleinere Übel.

Die Kapitalistenklasse (Bürgerblock) budgetiert so, daß sie 100 Prozent von den Ausgebeuteten nimmt und 100 Prozent den Ausbeutern gibt.

Das radikale Kleinbürgertum, das unter seiner Führung als Reserve die große Arbeitermasse hinter sich zieht, die Sozialdemokratie, nimmt etwas auch den Reichen und gibt manches auch den Ausgebeuteten. In Wien z. B. entflammen etwa 25 Prozent der Einnahmen den Reichen, 75 Prozent aber kommen aus den Taschen der Proletarier!

Wenn also die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit bekämpft zu 100 Prozent, also ausschließlich auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft, so tut dies das radikale Kleinbürgertum zu 75 Prozent. Die 25 Prozent auf Kosten der Kapitalisten, diese 25 Prozent, die nicht ohneweiters überwälzbar sind, sind natürlich besser als nichts. Wir Kommunisten unterstützen jeden noch so geringfügigen Schritt des radikalen Kleinbürgertums, das ist die Sozialdemokratie, der auf Kosten der Kapitalisten eine Linderung der Arbeitslosigkeit (oder wenigstens eine Erleichterung der Lage der Arbeitslosen) bedeutet. Aber wir verknüpfen diese Unterstützung mit unserer kommunistischen Kritik, Agitation und Propaganda und darum sagen wir:

Wohnbau durch die Gemeinde: ja! Kostendeckung durch die Wohnbaufsteuer: ja! Aber Wohnbaufsteuer (entsprechend erhöht) — nur von den Kapitalisten!

Gemeindeanleihe: ja! Ein Teil davon sogar als billiger Kredit an die vom Kapital angegriffenen Gewerbetreibenden: ja! Aber Rückzahlung, Befreiung der Zinsen und Nebenbedingungen

**ausschließlich auf Kosten der Kapitalisten!**

Aber hat die Gemeinde Wien nicht aus der Anleihe 1000 Milliarden bestimmt als Pfandkredit zur Erleichterung der Ausfuhr nach Sowjetrußland? Auch das geht zu 75 Prozent auf Kosten des Proletariats. Aber hier liegt der Fall grundsätzlich anders: Dem kapitalistischen Staat aus den Taschen des Proletariats zu helfen, lehnen wir ab — dagegen

um den proletarischen Staat zu helfen, muß das Proletariat Opfer auf sich nehmen. Darum begrüßen wir diesen Schritt der Gemeinde und werden kämpfen, daß sie in dieser Richtung fortfahre. Selbstverständlich kämpfen wir auch hier, daß der Anleihebetrag, der zur Kreditierung für den Ausland-Export bestimmt ist, nur aus den Taschen der Kapitalisten getilgt und verzinst werden muß, unbeschadet dessen, daß wir Proletarier prinzipiell und praktisch zu Opfern für den proletarischen Staat bereit sind, bereit selbst dann, wenn unser Reallohn unter dem Existenzminimum steht, wie es heute der Fall ist.

(Fortsetzung folgt.)

**Arbeitszeit und Achtstundentag.**

In vielen Betrieben haben sich die Arbeiter eine durchlaufende Arbeitszeit für die Sommermonate erkämpft, entsprechend der langjährig geführten Parole: „8 Stunden Arbeit — 8 Stunden Rast — 8 Stunden zur Bildung.“

Die Unternehmer laufen gegen die durchlaufende Arbeitszeit Sturm. In ihrem unbegrenzten Ausbeutungsdrang wollen sie dem Arbeiter keine freie Zeit gönnen, namentlich da mit letzterer die Möglichkeit verbunden ist, durch geistige Aufklärungswiderstandspenstige Sklaven zu bekommen. Ihr Ziel ist Verlängerung der Arbeitszeit trotz großer Arbeitslosigkeit. Um dies zu erreichen, fördern sie u. a. auch die Arbeiter mit **10 Tage - Arbeitswoche**, d. h. 9 Stunden pro Tag. Damit wollen sie zweierlei erreichen; erstens die Durchbrechung des Achtstundentages, zweitens die Verhinderung der geistigen Mitarbeit in der Arbeiterbewegung.

Ausgemergelt und abgestumpft wie ein Zugtier soll er nach langer Frohn seinen Stall aufsuchen, um tags darauf als Arbeitsmaschine wieder Dienst leisten zu können, während der Unternehmer im Sonnenlicht, in Willen und Palästen der Kurorte schlemmt und prahlt.

Betriebsarbeiter, haltet fest am Achtstundentag. Jahrzehntelang mußte darum gekämpft werden, Lawfende Klassenbewußter Arbeiter mußten wochen- und monatelange Kerkerstrafen, nebst Maßregelungen, Hunger und Verfolgungen über sich ergehen lassen, um dieses Stück vorwärts zu kommen. Wir wären Verräter an unseren Vorkämpfern, wollten wir wieder diese Errungenschaften preisgeben. Allerdings sind die meisten Löhne derart niedrig, daß bei 8 stündiger Arbeitszeit, bezw. 48 stündiger Arbeitswoche der Lebensstandard nicht gesichert ist. Verlängerung der Arbeitszeit bildet jedoch keinen Ausweg.

Aufgabe der Arbeiterklasse, bezw. deren Gewerkschaften ist es, den Kampf für Erhöhung der Löhne einzuleiten und durchzuführen.

Den Unternehmern aber müssen wir antworten:

- 8 Stunden — und nicht mehr,
- 8 Stunden — genug geschunden.

**Die Arbeiter, die Opfer.**

Als Opfer der verheerenden Spekulationen und Aktienschiebungen des Herrn Butte, der sonderbarerweise trotz seiner fragwürdigen Geschäfte sich noch immer auf freiem Fuß befindet, kämpfen die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergwerksgesellschaft mit den allergrößten Schwierigkeiten. Es mußte ein Sanierungskomitee eingesetzt werden, das in dem Unternehmen Ordnung schaffen sollte. Ein neuer Verwaltungsrat wurde gewählt. Zur Weiterführung des Betriebes wurde die Alpine-Montangeellschaft gemeinsam mit der Bodenkreditanstalt und der Escompte-Gesellschaft bestimmt. Man sollte glauben, daß alles unternommen wird, um die Betriebe der Graz-Köflacher zu retten und den Arbeitern den Arbeitsplatz zu erhalten. Weit gefehlt! Man hat vielmehr die Absicht, den Betrieb Steneregg und den modernen Schacht Bergler einzustellen und unter Wasser zu setzen, obwohl die Stilllegung dieser Betriebe für ganz Österreich einen unermesslichen wirtschaftlichen Schaden und für mehrere Hunderte von Bergarbeitern die Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Was tut das? Die Alpine-Montangeellschaft verfolgt doch ihre bestimmten Zwecke, sie will sich ein Monopol in der österreichischen Kohlenwirtschaft sichern.

Die Bergarbeiter müssen mit Hilfe der Gewerkschaften unbedingt diesen Plan vereiteln, die Einstellung verhindern, die Verstaatlichung dieser Bergbetriebe fordern.

**Der kopflose Schaber.**

Immer wieder findet man in der sozialdemokratischen Presse diesen Ausdruck. Das ist Dummheit oder bewußte Irreführung, denn Schaber und seine Clique war alles eher als kopflos. Planvoll ist dieser 15. Juli herangereift. Die Bourgeoisie hat gewünscht, was sie zu tun hat, nicht aber die S. P. Führer.

**Früchte, die Elbersch gesät hat.**

Bei den Personalvertretungswahlen der Wiener Polizei wurden 111 gelbe Vertreter und nur 12 Freigewerkschafter gewählt. Darum haben Elbersch und Deutsch 1918 die Polizei nicht zu 90 Prozent mit Arbeitern durchsetzt, wie es die Linke geordert hat.

**Panzerkreuzer Potemkin.**

(Fortsetzung.)

Darauf wurde beschlossen, sich in Rumänien genau nach den internationalen Bestimmungen zu richten. Um aber nicht für Seeräuber angesehen zu werden, um die Welt über das Wesen des Kampfes aufzuklären, den die Potemkin-Männer führten, wurden folgende Rundgebungen beschlossen, die man von Rumänien aus an alle Regierungen, an alle Zeitungen verschicken wollte:

„An die ganze zivilisierte Welt!

Bürger aller Länder und Nationen! Vor euren Augen entrollt sich das grandiose Schauspiel eines großen Befreiungskampfes: Das niedergedrückte und geknechtete russische Volk konnte die jahrhundertelange Unterdrückung und die Willkür der despotischen Selbstherrschaft nicht länger ertragen.

Die Verarmung, das Elend, die Rechtlosigkeit, die die russische Regierung über das schmerzreiche Rußland gebracht hat, stellte die Geduld der arbeitenden Massen auf eine zu harte Probe. Schon stamm in allen Städten und Dörfern Empörung, gleich einem Donnerstrome rollt der mächtige Ruf an Millionen russischer Kehlen über das

ungeheure russische Land: „Nieder mit den Sklavenketten des Despotismus. Es lebe die Freiheit!“

Die zaristische Regierung aber hält es für gut, das Land weiter mit dem Blute des Volkes zu tränken.

Aber die Selbstherrschaft vergaß eines, sie vergaß, daß das Meer, diese mächtige Stütze ihrer blutigen Pläne — daß dieses Meer das selbe Volk ist, das entschlossen ist, sich seine Freiheit zu eringen. Das Meer wird es früher oder später einsehen und wird endlich den Schandstern von sich waschen, der Genler seiner eigenen Väter und Brüder zu sein. Und nun unternehmen wir, die Mannschaft des Panzerschiffes „Fürst Potemkin von Taurien“ entschlossen und einmütig den ersten Schritt. Es mögen alle unsere geopferten Brüder, die Arbeiter und die Bauern, die auf den Straßen und Wegen unseres Vaterlandes von den Kugeln und Bajonetten der Soldaten gefallen sind, ihren Fluch von uns, ihren Märdern, nehmen!

Nein, wir sind keine Mörder, wir sind nicht die Genler unseres Volkes, sondern seine Beschützer. Unsere Devise ist: Tod — oder Freiheit für das ganze russische Volk! Wir fordern die unbedingte Einstellung des sinnlosen Blutvergießens auf den Schiffen der jenen Mandschurei. Wir fordern die

Einberufung der Konstituante auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts. Für diese Forderungen wollen wir wie ein Mann zusammen mit unserem Panzerschiffe im Kampfe untergehen oder siegen.

Wir haben die tiefe Überzeugung, daß die ehrlichen und arbeitenden Bürger aller Länder und aller Nationen unsern großen Kampf für die Freiheit mit wärmster Sympathie begrüßen werden. Nieder mit der Selbstherrschaft! Es lebe die Konstituante!“

„An alle europäischen Mächte!“

Die Mannschaft des Panzerschiffes „Fürst Potemkin von Taurien“ hat den entschlossenen Kampf gegen die Selbstherrschaft begonnen. Indem wir dies allen europäischen Regierungen verkünden, halten wir es für unsere Pflicht, zu erklären, daß wir für die Unantastbarkeit aller ausländischen Schiffe, sowie für die Sicherheit aller ausländischen Häfen im Schwarzen Meere bürgen.

Die Mannschaft des Panzerschiffes

„Fürst Potemkin von Taurien“

und des Torpedobootes Nr. 267.“

(Schluß)

(Fortsetzung folgt.)

# Aus dem Arbeiterleben

## Altpensionisten.

Da ich verweist war, bin ich erst jetzt in den Besitz der Nr. 19 des „Mahnrufes“, in welcher der Artikel: „Hinaus mit den Klosterchwestern und Pensionisten“ enthalten war, gekommen. Mit der ersten Forderung bin ich selbstverständlich vollaus einverstanden. Was die zweite Frage, die Pensionisten betrifft, stimme ich nur teilweise zu. Bei der großen Pensionierungskaktion der Regierung Seipel wurde vereinbart, die älteren Bediensteten (Altpensionisten. Die Red.) mit 90 Proz. abzubauen. Mit 90 Proz. von den letzten Altionsüberschüssen und den zukünftigen Erhöhungen der aktiven Bediensteten hätte jeder sein Auskommen finden können. Die Seipelregierung und ihr Anhang hat aber im nächsten Jahre, also 1924, mit Zustimmung der Großdeutschen als Beamtenvertreter das Versprochene wieder weggenommen. Wäre dieser Vertragsbruch seitens der Regierung nicht gemacht worden und hätten die Pensionisten dieser Abbauktion ihre versprochenen 90 Proz., dann bräuchten heute viele von diesen keinem Nebenverdienst nachgehen und die Forderung auf restlosen Abbau der Pensionisten könnte energisch vertreten werden. Es ist bekannt, daß sehr viele Neupensionisten (Das sind jene, die nach 1924 abgebaut wurden. Die Red.) mit sehr schönen Ruhegehältern auch noch anderen die Posten wegnehmen und das muß jeder verurteilen. Das Pensionistenproblem ist vielleicht gut noch ausführlicher zu behandeln mit besonderer Berücksichtigung der Altpensionisten, die schon jahrelang den Kampf um die Angleichung (An die Neupensionisten. Die Red.) führen. Besonders bei den Eisenbahnruheständlern herrscht der größte Anzettel über die Zurücksetzung, die diese erfahren haben. Wir möchten der Öffentlichkeit das Unrecht, das an den Altpensionisten verbrochen wurde, bekanntgeben und ich ersuche daher im Namen vieler Leidensgenossen, uns im „Mahnruf“ die Möglichkeit zu geben, die Sache genauer zu behandeln, umso mehr, als alle Zeitungen diese große Ungerechtigkeit durch Stillschweigen vertuschen wollen.

A. Kahlbauer,  
war durch 27 Jahre Gewerkschaftsmitglied und über 15 Jahre Vertrauensmann bei der Eisenbahn.

Die Redaktion ist selbstverständlich bereit, die Altpensionisten im „Mahnruf“ so wie jede andere Arbeiterschicht zu Wort kommen zu lassen, umso mehr, als wir es uns zur Aufgabe machen, von dem zu sprechen, worüber die übrige Presse schweigen will. Sollten wir hier und da eine andere Meinung über diese Frage haben als die Artikelschreiber, dann werden wir ihnen unsere Auffassung entgegenhalten.

## Magere Kost und wenig Lohn.

Die Leser des „Mahnrufes“ sind über die Gehaltsverhältnisse der „barmherzigen“ Schwestern bereits informiert. Schauen wir uns nun die Lage des Wärters- und Hausdienerspersonales im Landeskrankenhaus einmal näher an. Ein Wärter, der schon viele Jahre Dienst verfehlt, bekommt, wie oerrius einmal berichtet, nur 63-70 Schill. monatlich. Bis auf 44-50 fällt der Lohn herab. Allerdings bekommen sie das Essen, aber was für eines. Die Kochkunst der Barmherzigen vom Orden der Barmherzigkeit ist ja nie sehr hoch eingeschätzt worden. Die Wärters berichten darüber: „Gibts Fleisch, gibts Abfahnde, Kohlrabi bringt a Polshandlung ins Haus und bei Vohnschabl wird man von lauter Zwirnwaideln nicht fertig.“ Noch dazu ist das Essen unzureichend. Besonders dann, wenn hie und da etwas Gemießbares und nahrhaftes ist, wird die Portion auf Millimeter ausgerechnet, weil die „lieben“ Schwestern in der Küche alles so viel genau eintreten. Dieses Kuntelrei kommt auch bei

der Nachdienstaube der Wärters und Hausdiener so schön in der 5. Dela Braunfchweigerkrocht zur Geltung. Für dieses Essen, erklärt die Direktion, werden monatlich 72-10 Schill. eingerechnet. Für dieses Geld ließe sich viel mehr und besseres herstellen. Es schmarochen sehr viele dabei und deshalb bekommt das Personal dann so einen Krack. Den abrigens die Schwestern beileibe nicht essen, da sie die Kost der 1. Klasse bekommen. Ein Unterschied muß sein, wozu haben wir denn die Demokratie? Weil die Schwestern schon eine bessere Kost bekommen als das weltliche Dienstpersonal, ist es auch ganz erklärlich, daß sie weniger arbeiten als die Wärters und Hausdiener. Die gutbezahlten Schwestern tornen nämlich einen Nachstundentag, den die Wärters und Hausdiener nicht haben, da sie 30-36 Stunden arbeiten müssen, um dann 12-16 Stunden ausspannen zu können. Und dann die Urlaubs- und Anstellungsbedingungen? 10 Jahre muß es einer im Krankenhaus aushalten, bevor er definitiv angestellt wird, und 5 Jahre muß er sich radern, um dann 14 Tage Urlaub zu bekommen. Wie auch in dieser Hinsicht die Schwestern viel besser abschneiden, wird noch aufgezeigt. Der Segen Gottes ist für sie tätig. Die große Abbauktion 1922 ist der sichtbarste Beweis dafür. Die Schwestern haben ihren Stand von 202 auf 260 noch vermehren können. Das Landeskrankenhaus ist eine Hochburg kirchlichen Unwesens. Es ist mehr. Es ist ein Stück Mittelalters. Wenn das so ist, so auch durch die Unentschlossenheit und Nachgiebigkeit des sozialdemokratischen Landesrates Nachold und seiner Partei, die den Kampf gegen diese Hochburg des schwarzen Ausbeutertums und diese Melkkuh für das Marienkloster nicht mit der Schärfe führen, wie dies große Kreise der Werttätigen erwarten. Der Bund der öffentlichen Angestellten sollte aber auch für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Wärters und Hausdiener mehr tun als bisher. Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Kost, definitive Anstellung nach 5 Jahren und 14-tägigen Urlaub nach 3 Jahren, das fordern sie, und diese Forderungen können und müssen der schwarzen Brut abgerungen werden.

## Dr. Jäger treibt sein Unwesen weiter.

Dem Arbeitslosen Maierhofer Jr., Nr. 54.798, wurde die Unterstützung auf 6 Wochen entzogen, weil er sich angeblich nicht rechtzeitig bei der letzten Arbeitsannahme abgemeldet hat. Ein Kollege des Gen. Maierhofer hatte ihn abgemeldet; die Abmeldung wurde aber nicht entgegengenommen. Jedes Schreiben weist die J. B. R. mit der Begründung kein neuer Tatbestand zurd. Dr. Jäger trifft diese Entscheidungen. Arbeitervertreter! wo bleibt ihr? Hört ihr nicht die Bergweisung? Darf das so bleiben, daß alle Einsprüche der Willkür eines Menschen überlassen bleiben? Arbeitervertreter! Gewerkschaft! rührt euch!

# Ereignisse der Woche

Eine Höhe von 12.000 Meter erreichte der französische Flieger Galico und stellte damit den Weltrekord auf.

Die Afche Sacco und Bonzetti wurde von der Leihenbestallungsanstalt, in deren Kapelle die Leichen aufgebahrt waren, beschlagnahmt und soll nur gegen Bezahlung von 700 Dollar freigegeben werden. Die amerikanische Bourgeoisie will aus dem Nord noch ein Geschäft machen.

In 3 Tagen Krefz veranstellt wurden vor einigen Tagen drei junge Hilfsarbeiter aus Donawitz auf Veranlassung eines fanatischen Pfaffen. Die Burtschen machten am Frohnleichnamstag eine Radpartie, kamen nach Vorderberg, wo gerade eine Prozession den Straßenverkehr hemmte und mußten inolge dessen absteigen. Da sie sich um den

Umgang nicht kümmerten, kümmerte sich der Pfaffe um sie, nahm an ihrer Ignoranz Anstoß und gab einem hinter dem „Himmel“ dahermarschierenden Gendarmen einen Wink, worauf dieser die drei Touristen festnahm. Sie wurden wie Schwerverbrecher dem Kreisgerichte Leoben eingeliefert.

In Livorno ist eine Kaserne eingekürzt und verschüttete mehr als 50 Soldaten in ihren Schlafstätten. Bis jetzt sind 18 Tote zu verzeichnen.

Als Nachfolger Boklows, des ermordeten russischen Gesandten in Warschau, kommt Bogomolow in Betracht.

Falsche Halbshillingstücke sind in der Umgebung von Graz in Kurs. Dieselben sollen aus Zink gegossen, von leichtem Gewicht und daher leicht erkennbar sein.

Die Mörderin Grosaveskus veröffentlicht zur allgemeinen Empörung in einem Wiener Blatte ihre Memoiren. Der Vormund der kleinen Tochter Grosaveskus hat gegen diese Gemeinheit bei der Staatsanwaltschaft Einspruch erhoben.

## Er nimmt das Maß von den eigenen Schuhen.

Eine gemeine Verdächtigung gegenüber den Arbeitslosen leistete sich der Offiziersstellvertreter Jud vom A.-J.-R. Nr. 9. Von dem ehemaligen Wehrmann B. auf den Artikel im „Mahnruf“ Nr. 26 über die Herbstmesse aufmerksam gemacht, wobei B. bemerkte, daß er richtig sei, erklärte der Offiziersstellvertreter Jud: „Was wollns denn mit den Arbeitslosen, das sind ja lauter Gauner und Falloten, die kann man ja nicht einstellen, die stehen ja alles weg.“ Die Arbeitslosen werden gut tun, sich diesen niederträchtigen Verleumder in der Herbstmesse näher zu betrachten, da Jud als Aufseher dort fungiert.

## Freiheit.

Gedicht von Bartholomeo Banzetti.

Freiheit!  
Kennst du sie?  
Ich nicht!  
Freiheit, was ist das?  
Ich weiß nicht!  
Freiheit!  
Das Wort klingt in allen Sprachen.  
Und nirgends ist die Freiheit!  
Da hast sie gesehen?  
Wo?  
Auf Erden?  
Du lägst!  
Denn Freiheit, das wäre das Ende aller Unmenslichkeit.  
Wäre das Ende aller Grausamkeit.  
Wäre das Ende aller Gehässigkeit.  
Wäre das Ende aller Niedertracht.  
Freiheit ist:  
Die Welt ist selig geworden!  
Freiheit?  
Ich kenne nur das Wort!

## Au alle Arbeitslosen!

Die Anarchokommunisten, auch Rabaukommunisten genannt, versuchen durch Lügen, Verleumdungen und hysterisches Geschrei ihre Dreckshleuder gegen das Zentral-Arbeitslosenkomitee zu richten. Persönliche Verdächtigungen und Beschmutzungen gegen einzelne Mitglieder des J.-A.-R. ist mangels politischen Gründen ihre einzige politische Waffe. Sie versprechen den Arbeitslosen mit dem Maul Hilfe, sie, die nicht einmal in der Lage sind, den Arbeitslosen ordnungsgemäße Bescheide auszufüllen. Das Zentral-Arbeitslosenkomitee ist sich bewußt, daß es das Vertrauen der großen Mehrheit der Arbeitslosen besitzt. Es wird auch zum geeigneten Zeitpunkt in einer allgemeinen Arbeitslosenversammlung Bericht erstatten und auch die notwendigen Maßnahmen ergreifen, die im Interesse der Arbeitslosen notwendig sind. Laßt Euch durch diese Phrasen und Quertreiber nicht beirren. Rommende Arbeitslosenversammlung wird im „Mahnruf“ bekanntgegeben werden.

Das Zentral-Arbeitslosenkomitee.